

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Koalition ist in seiner Grundausrichtung nicht zu beanstanden. Uns eint der Konsens darüber, dass die EU die Interessen Nordrhein-Westfalens weiter berücksichtigen soll und dass wir auch weiterhin von der EU-Förderung bestmöglich profitieren müssen und profitieren sollten – unabhängig von der Debatte, wie wirtschaftlich stark oder nicht stark wir dabei sein möchten.

Der Antrag macht aber den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir müssen erst einmal darüber reden, wie der EU-Haushalt ab 2021 ohne den Britischen Beitrag aussehen soll und aussehen wird. Fantasie, wie sie insbesondere von CDU/CSU und wem auch immer dort geäußert werden, die einen drastisch kleineren EU-Haushalt umfassen, werden wir uns nicht leisten können; denn die Regierungen der Mitgliedstaaten sind munter dabei, sich neue Aufgabenbereiche für die EU zu überlegen, wie etwa die neue Verteidigungspolitik. Das wird aber nur mit zusätzlichen Mitteln funktionieren.

Der Fokus der Debatte muss also darauf gelegt werden, wie wir die Einnahmensituation der EU gestalten wollen. Wenn die alte Merkel'sche Blockadehaltung weiter gilt, nicht mehr als 1 % des Bruttonationaleinkommens in den EU-Haushalt, aber fleißig neue Aufgaben nach Europa zu geben, dann wird das Geld weder für Nordrhein-Westfalen noch für andere reichen.

Darauf muss die Landesregierung hier Antworten geben. Das sehe ich aktuell aber nicht.

Als Europäerinnen und Europäer könnten, ja sollten wir uns auch die Frage stellen, ob ein EU-Haushalt überhaupt noch auf Überweisungen aus den Nationalstaaten angewiesen sein und nur allein davon abhängig sein sollte. Warum nicht eigene Steuern einführen? Ich erinnere an die Debatte um die Transaktionssteuer, die seit vielen Jahren im Gespräch ist. Warum denken wir an dieser Stelle nicht weiter?

Wie steht die Koalition zu diesen vielen grundlegenden Fragen, auf die wir eine Antwort finden müssen? Die Koalition erwähnt kurz den Brexit. Zumindest laut Debatte sollte jetzt ein Brexit-Beauftragter ernannt werden. Es wird spannend sein, welche Rolle er oder sie im Zusammenhang mit den EU-Fördertöpfen haben wird.

Die Koalition fordert auch eine Vereinfachung der komplexen Regelungen zur Nutzung der EU-Strukturfonds und eine kritische Betrachtung von Umsetzung und Kontrolle. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass bürokratische Hürden beseitigt und abgebaut werden müssen. Das ist gar keine Frage.

Erlauben Sie mir hier den Hinweis auf die Arbeit der SPD-geführten Landesregierung und die Verbesserungen, die es in den letzten Jahren gegeben hat. Ich erinnere daran, dass es heute fast überall nur noch Pauschalen für Personal- und Gemeinausgaben gibt. Zweckgebundene Spenden sind als einzubringender Eigenanteil möglich. Bürgerliches Engagement gilt als Ausgabe. Dergleichen gibt es viele Maßnahmen mehr. Allein beim EFRE wurde die Anzahl der zu bewilligenden Stellen von über 100 auf 9 reduziert.

Ich vermisste im Antrag der Koalition einen Hinweis auf die sich abzeichnende Hinwendung der Kommission zu zentral verwalteten Programmen. Die in der Tat stärker entwickelten Regionen wie Nordrhein-Westfalen – wie die Vorredner sind schon darauf eingegangen – würden dann bei der EU geführt und massiv benachteiligt. Anstatt alle Fördermaßnahmen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, muss das Augenmerk klar auf einer Regionalförderung liegen, um europäischen Mehrwert zu schaffen und insbesondere Europa in die Regionen und damit auch in die Regionalverwaltung zu bringen.

Nicht weniger Projekte und weniger Geld, sondern jeweils mehr, das wäre der richtige Ansatz. Die Finanzierung muss, und nicht erst seit dem Brexit, auf ein neues Fundament gestellt werden. Wir wünschen uns mehr Ideen und weniger Floskeln. Wir sind gern bereit, darüber zu debattieren, uns einzubringen und uns zu diesen Fragen zu positionieren. – Vielen Dank.